

RZLW 06.01.18

Mindestlohn bleibt Streitthema

Zwei Jahre nach der Einführung: Gewerkschaften zufrieden – Arbeitgeber kritisieren Mehraufwand

Von Timo Kühnemuth

WESERMARSCH/OLDENBURG. Seit zwei Jahren gibt es in Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn. Er soll – vereinfacht ausgedrückt – alle Arbeitnehmer vor Lohndumping schützen. Doch während die Gewerkschaften den Mindestlohn als Erfolgsmodell feiern, kommt von der Arbeitgeberseite Kritik: Der bürokratische Mehraufwand sei enorm.

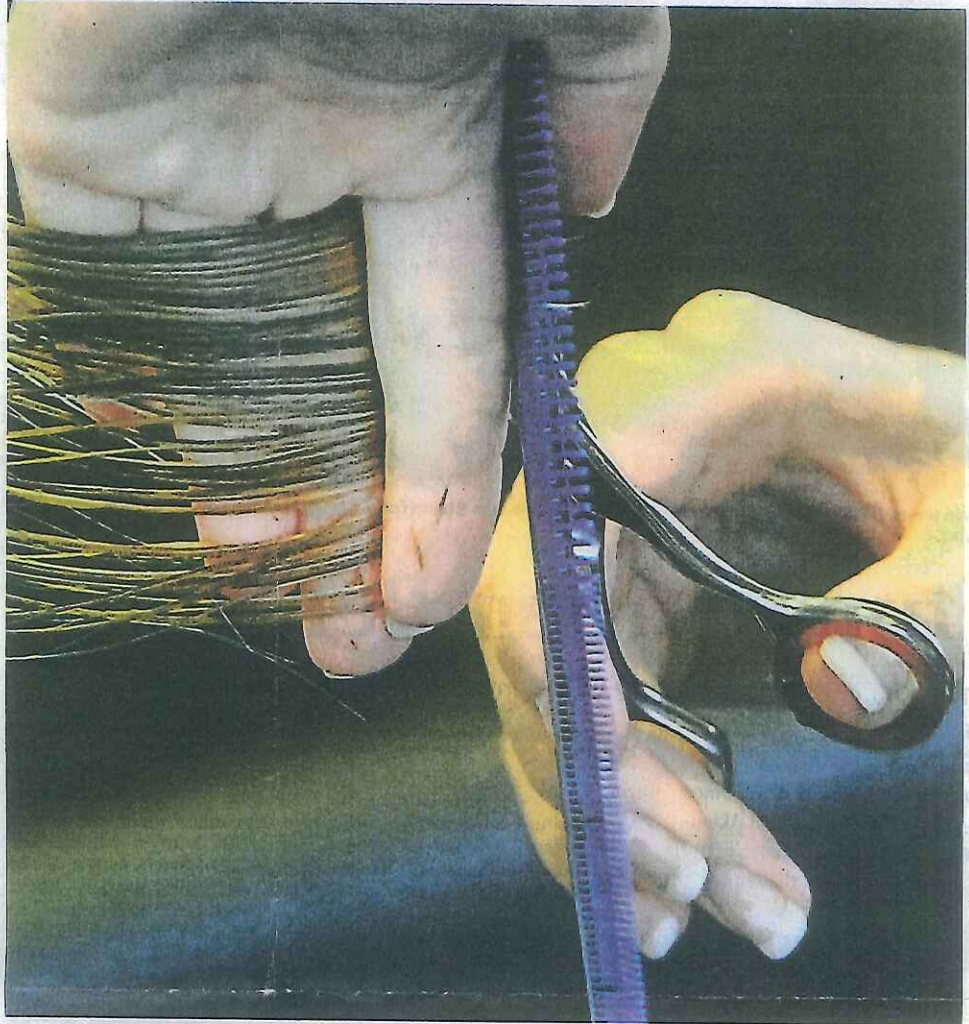
„Anfangs bestanden viele Unklarheiten zum Beispiel dahingehend, welche Lohnbestandteile auf den Mindestlohn angerechnet dürfen. Viele dieser Fragen wurden aber inzwischen durch die Rechtsprechung geklärt“, sagt Arnd Helfer, Rechtsreferent bei der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer (IHK).

Auf weitgehendes Unverständnis stoßen dagegen immer noch bestimmte Dokumentationspflichten, die aus Unternehmersicht einen nicht „unerheblichen Verwaltungsmehraufwand“ verursachen, sagt Arnd Helfer. So seien die Arbeitgeber von geringfügig Beschäftigten sowie Arbeitgeber bestimmter Branchen verpflichtet, Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit genau aufzuzeichnen und aufzubewahren.

Für Verärgerung Sorge dabei nicht nur der bürokratische Mehraufwand, sondern auch eine Art „Generalverdacht“, dem sich viele Unternehmer der betroffenen Branchen ausgesetzt sehen. „Das haben wir als Oldenburgische IHK auch gegenüber den Verantwortlichen in der Politik kritisiert“, macht Arnd Helfer deutlich.

„Das ist dummes Zeug“

Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) im Bereich Oldenburg-Ostfriesland, hält diese Kritik für unberechtigt. „Dass die Einführung des Min-



Auf weitgehendes Unverständnis stoßen immer noch bestimmte Dokumentationspflichten, die aus Unternehmersicht „einen nicht unerheblichen Verwaltungsmehraufwand verursachen“, urteilt die IHK. Fotos Rehder/Tirf

destlohns zu bürokratischem Mehraufwand geführt haben soll, ist dummes Zeug. Das ist ein vorgeschobenes Argument, das gern von Arbeitgebern gebracht wird, die sich um den Mindestlohn drücken wollen“, sagt er. Stundenzettel, in die Arbeitnehmer ihre Arbeitszeiten und Pausen eintragen, habe es schon immer gegeben. Sie auszufüllen, aufzubewahren und bei Bedarf vorlegen,

bedeute aus seiner Sicht einen überschaubaren Arbeitsaufwand.

Seine Gewerkschaft, die von Anfang an federführend für den gesetzlichen Mindestlohn gekämpft habe, bewerte die Entwicklung, die der gesetzliche Mindestlohn seit der Einführung vor zwei Jahren durchlaufen hat, als grundsätzlich positiv. Die NGG werde darauf drängen, dass der Mindestlohn weiterhin steigt – und zwar so, dass jedem Arbeitnehmer auch im Alter genug Geld zur Verfügung steht. Der Mindestlohn sei ein wichtiges Instrument, um der Altersarmut vorzubeugen.

Mindestlohn kein Thema

Bei der Kreishandwerkerschaft Wesermarsch ist der Mindestlohn laut Geschäftsführer Thomas Sturm kein Thema. Es gebe kaum noch ein Gewerk, das ungelernete oder gering qualifizierte Mitarbeiter beschäftigt. „Den klassischen Hilfsarbeiter, der dann unter gewissen Voraussetzungen den gesetzlichen Mindestlohn bekäme, gibt es höchstens noch auf der Baustelle“, weiß er. Anfragen von

Betrieben, bei denen es um den Mindestlohn geht, gebe es bei der Kreishandwerkerschaft demzufolge nur selten.

So ist's geregelt

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn wurde in Deutschland durch das am 1. Januar 2015 in Kraft getretene Mindestlohngesetz eingeführt. Der Mindestlohn beträgt seit 2017 **brutto 8,84 Euro** je Zeitzunde.

Die Höhe des Mindestlohns kann auf Vorschlag einer **ständigen Kommission der Tarifpartner** durch Rechtsverordnung der Bundesregierung geändert werden.

Darüber hinaus konnte bis Ende 2016 mit allgemeinverbindlichen Tarifverträgen vom gesetzlichen Mindestlohn nach unten abgewichen werden. Seit 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn **in allen Branchen**, selbst wenn ein Tarifvertrag ein niedrigeres Entgelt vorsieht.



„Dass die Einführung des Mindestlohns zu bürokratischem Mehraufwand geführt haben soll, ist dummes Zeug“, meint die Gewerkschaft NGG.